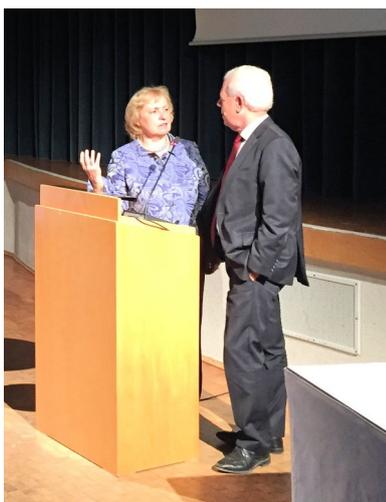




Forum Zukunft Europa: Die EU nach dem Brexit

Wie geht es mit der Europäischen Union nach dem Brexit weiter? Diese Frage interessiert viele, wie sich an der Besucherzahl meines ersten „Forums Zukunft Europa“ gezeigt hat. Am Freitag, 9. September, durfte ich den langjährigen Leiter des ZDF-Büros in Brüssel, Udo van Kampen, als Gastredner in Ludwigshafen begrüßen. Er stellte dar, wie parteipolitisches Taktieren und Populismus in England zur Brexit-Entscheidung geführt haben.

Noch am Montag derselben Woche hatte ich im Auswärtigen Amt eine Rede des französischen Außenministers Jean-Marc Ayrault gehört. Er rief uns zu: „Europa hat Großes geschaffen!“ Dieses Bewusstsein, was Europa erreicht hat, wird uns in die Lage versetzen, die richtigen Antworten auf die Krisen zu entwickeln. Wir brauchen eine Zukunftsvision für das Projekt Europa, hinter der sich alle Europäerinnen und Europäer versammeln können.



Mit dem stv. Kreisvorsitzenden Heinrich Jöckel, dem JU-Kreisvorsitzenden Maximilian Göbel und den Stadträtinnen Constanze Kraus und Dr. Peter Uebel debattierte van Kampen aktuelle Themen wie Integration oder die Beziehungen Deutschlands zur Türkei. Die rege Diskussion, an der sich viele Gäste beteiligten, zeigt erneut, wie wichtig der direkte Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern ist. Diesen möchte ich mit weiteren Veranstaltungen der Reihe „Forum Zukunft Europa“ fördern.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe CDU-Freunde,

das Ergebnis der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern geht unter die Haut. Um Landespolitik ging es nicht, stattdessen hat die Flüchtlingsfrage die Wahl bestimmt. Verbesserte Wirtschaftslage, sinkende Arbeitslosigkeit, steigende Löhne und Renten spielten keine Rolle. Auf Bundesebene sieht es ähnlich aus: Wachsende Zustimmung zu rechtspopulistischen Positionen trotz spürbarer Erfolge unserer Politik.

Deutschland geht es wirtschaftlich so gut wie nie zuvor. Dennoch sorgen sich viele Menschen um ihre Zukunft. Es wächst das Gefühl von Unsicherheit. Die Gewalttaten in München, Würzburg und Ansbach, die Krisen und Kriege in Europas Nachbarschaft, die große Zahl von Menschen, die auf der Flucht sind, das alles beunruhigt viele Bürgerinnen und Bürger. Sie verängstigt das Ausmaß und die Geschwindigkeit, in denen sich Deutschland und die Welt verändern.

Es ist wahr, Deutschland verändert sich. Aber unser Land ist stark und wird es bleiben. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Soziale Marktwirtschaft sind dafür die Grundlagen. Wie die Bundeskanzlerin richtig sagte: „Deutschland bleibt Deutschland, mit allem, was uns daran lieb und teuer ist.“

Maria Böhmer

Ihr Kontakt zu Maria Böhmer

Wahlkreis:
Bürgerbüro Ludwigshafen
Benckiserstraße 26
67059 Ludwigshafen
Tel.: 0621 / 6299 604
Fax: 0621 / 6299 605
maria.boehmer@wk.bundestag.de

Berlin:
Bundestagsbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 - 77575
Fax: 030 / 227 - 76575
maria.boehmer@bundestag.de

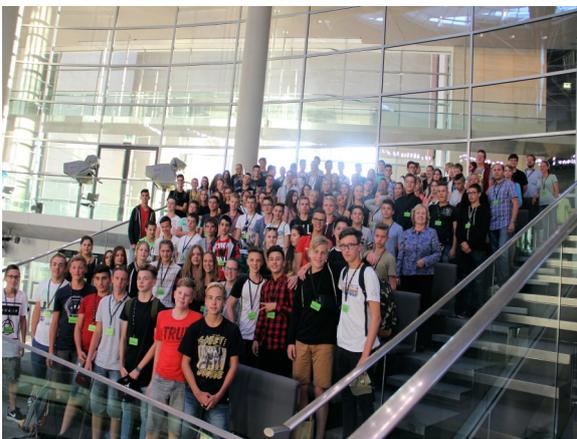


Aus meiner Arbeit im Auswärtigen Amt

Als Staatsministerin im Auswärtigen Amt habe ich in den vergangenen Wochen viele Termine wahrgenommen. Am Montag, 29. August, wurde die alljährliche Botschafterkonferenz eröffnet. Sie führte neben den Leiterinnen und Leitern der mehr als 200 deutschen Auslandsvertretungen auch Vertreter ausländischer Botschaften sowie zahlreiche Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft und Kultur zusammen. Am Nachmittag desselben Tages vertrat ich das Auswärtige Amt bei der Akkreditierung neuer ausländischer Botschafter beim Bundespräsidenten im Schloss Bellevue.

In der Woche zuvor war ich zu Regierungsgesprächen nach Botswana gereist. Anlass war der 50. Unabhängigkeitstag des Landes. Bei Treffen u.a. mit Außenministerin Dr. Pelonomi Venson-Moitoi (Foto), der Bildungsministerin und der Parlamentspräsidentin besprach ich Möglichkeiten zur Verbesserung der Bildungssituation insbesondere in der beruflichen Bildung und der wirtschaftlichen Entwicklung. Botswana ist in vielerlei Hinsicht eine der Erfolgsgeschichten Afrikas. Auf ihrem hoffnungsvollen Weg möchten wir die Menschen in diesem Land im südlichen Afrika unterstützen.

Gelungener Schülerbesuch aus dem Wahlkreis



Begeistert hat mich die Schülergruppe der IGS Edigheim, die mich am Dienstag, 30. August, im Bundestag besuchte. Sie waren sehr gut vorbereitet und wir hatten eine lebhaft Diskussions zu vielen politischen Themen, so zu der politischen Situation in der Türkei, den deutsch-türkischen Beziehungen und der

Jugendarbeitslosigkeit in südlichen EU-Ländern. Selbst an schwierigen Themen wie der Anerkennung im Ausland erworbener Berufsabschlüsse zeigten die Schülerinnen und Schüler reges Interesse. Ich wünsche ihnen alles Gute und freue mich auf ein Wiedersehen in der Pfalz.

*Besuchen Sie mich auf
www.maria-boehmer.de*

Gestaltung und Verantwortung: Der Bundeshaushalt 2017

Die Haushaltswoche ist immer eine besondere Woche im Deutschen Bundestag, denn mit dem Etat werden die politischen Weichen gestellt. Die Finanz- und Haushaltspolitik der Bundesregierung steht für Stabilität, Verlässlichkeit und Zukunftsgestaltung. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble brachte diese Woche einen Haushalt ein, der die Linie dieser Politik seit 2009 fortsetzt. Wir standen damals vor einem gewaltigen Defizit als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise. Seitdem haben wir Jahr für Jahr die Neuverschuldung gesenkt. Seit 2014 kommt der Haushalt ohne neue Schulden aus, 2017 erneut. Dies gelingt ohne Steuererhöhungen und obwohl die staatlichen Ausgaben dort, wo es nötig ist, zum Teil deutlich steigen.

Nötig sind höhere Ausgaben zum Beispiel im Bereich der Sicherheit. Denn wenn wir sicher leben wollen, setzt das starke und handlungsfähige Sicherheitsbehörden voraus. Bereits in diesem Jahr stärken wir das Bundeskriminalamt, die Bundespolizei und den Verfassungsschutz mit 750 neuen Stellen. Im Haushalt 2017 setzen wir diesen Weg fort. Über die bisherige Beschlusslage hinaus schlägt die Union dem Deutschen Bundestag außerdem ein weiteres Sicherheitspaket mit 4.500 zusätzlichen Stellen für die Jahre 2017 bis 2020 vor. Nicht nur ins Personal, auch in die Technik muss investiert werden: Sicherheitsbehörden müssen zum Beispiel auch im Internet technisch können, was rechtlich zulässig ist und dem Schutz der Bevölkerung dient.

Frauen Union: Mädchen vor Kinderehen schützen

Mit den vielen Menschen, die aus anderen Kulturen zu uns geflüchtet sind, werden wir zunehmend auch damit konfrontiert, dass unter ihnen minderjährige Ehefrauen sind. Der Umgang damit stellt eine große Herausforderung dar, denn für im Ausland geschlossene Ehen gilt bisher Bestandschutz. Das muss sich ändern, denn Kinderehen verletzen die Menschenrechte von Kindern. Die Ehe muss auf einer freien Willensentscheidung beruhen. Ich unterstütze deshalb die Forderung der Frauen Union, Kinderehen nicht zu dulden. Jugendämter und Betroffene müssen das Recht erhalten, bei Gericht die Aufhebung einer Kinderehe zu beantragen. Ebenso wichtig: Aufklärung über unsere Werte und Rechtsgrundlagen sowie Hilfe für die Betroffenen.